



BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer A-1045 Wien
Postfach 107

An das
Präsidium des
Nationalrates
Parlament

1017 Wien

Zl 52 - GE/9 80

Datum: 4. AUG. 1989

07. Aug. 1989 *Rebdauer*

Dr. *Glogek*

Ihre Zahl/Nachricht vom

Unsere Zahl/Sachbearbeiter
Sp 448/89/Dr.Str/MS
Dr.Strimitzer

Bitte Durchwahl beachten
Tel. 501 05/ 4489
Fax 502 06/ 250

Datum
1.8.1989

Betreff

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Beihilfenverlängerungsgesetz abge-
ändert wird (Verlängerung der §§ 39a
und 39b des Arbeitsmarktförderungsge-
setzes).**

In der Beilage übermitteln wir Ihnen 25 Ausfertigungen unse-
rer an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales abgegebenen
Stellungnahme zu obigem Entwurf zur gefälligen Kenntnisnahme und
Verwendung.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Für den Generalsekretär:

i.A.



Beilagen



BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer A-1045 Wien
Postfach 107

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Ihre Zahl/Nachricht vom
34.401/3-2/89
22.6.1989

Unsere Zahl/Sachbearbeiter
Sp 448/89/Dr.Str/MS
Dr.Strimitzer

Bitte Durchwahl beachten
Tel. 501 05/ **4489**
Fax 502 06/ **250**

Datum
1.8.1989

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Beihilfenverlängerungsgesetz abge-
ändert wird (Verlängerung der §§ 39a
und 39b des Arbeitsmarktförderungsge-
setzes).

Zu dem uns mit obiger do. Note übermittelten Gesetz-
entwurf, mit dem eine Verlängerung der mit Novelle BGBI.
Nr. 638/1982 eingefügten Beihilfenform zur Lösung von Be-
schäftigungsproblemen mit besonderer volkswirtschaftlicher
Bedeutung um weitere drei Jahre vorgeschlagen wird, erlauben
wir uns mitzuteilen, daß wir uns gegen eine derartige Maßnah-
me mit aller Entschiedenheit aussprechen. Dies vor allem des-
halb, weil sich die Arbeitsmarktsituation ausgesprochen posi-
tiv entwickelt hat und praktisch Vollbeschäftigung herrscht.
(Die derzeitige Arbeitslosenrate beträgt 3,7 % bei gleichzei-
tig 48.000 gemeldeten offenen Stellen). Eine weitere Verlän-
gerung erscheint daher schon im Hinblick auf die erforderli-
chen Budgetmittel überhaupt nicht mehr gerechtfertigt.

- 2 -

Wunschgemäß werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

